Antragsteller: Neunkirchen

A 36: Für eine konsequente Migrationspolitik: Grenzschutz stärken, Ausreisepflicht durchsetzen, Abschiebungen beschleunigen

Der Saarlandtag möge beschließen:

Die Junge Union Saar fordert die CDU Saar auf, folgende Punkte in ihr Wahlprogramm und die politische Arbeit für die kommende Landtagswahl aufzunehmen und gegenüber der Landesregierung sowie dem Bund nachdrücklich zu vertreten:

1. Vollständige Umsetzung des 5-Punkte-Plans von Friedrich Merz
Die Junge Union Saar fordert die uneingeschränkte und zügige Umsetzung des 5-Punkte-Plans von Friedrich Merz („Fünf Punkte für sichere Grenzen und das Ende der illegalen Migration“).

Dieser umfasst insbesondere:
• dauerhafte Grenzkontrollen an allen deutschen Grenzen,
• konsequente Zurückweisung aller Versuche illegaler Einreise,
• faktisches Einreiseverbot für Personen ohne gültige Einreisedokumente (auch bei geäußertem Schutzgesuch),
• sofortige Inhaftierung von vollziehbar ausreisepflichtigen Personen,
Verschärfung des Aufenthaltsrechts für Straftäter und Gefährder, einschließlich eines unbefristeten Ausreisearrests bis zur Abschiebung oder freiwilligen Ausreise.

Die CDU Saar soll sich auf Landes- und Bundesebene mit Nachdruck für die vollständige Umsetzung dieses Plans einsetzen.

2. Schaffung von Abschiebehafteinrichtungen mit Bundesförderung
Das Saarland benötigt moderne und ausreichende Abschiebehafteinrichtungen, um die Ausreisepflicht tatsächlich durchsetzen zu können.

Gefordert wird:
• die Errichtung bzw. der Ausbau von Abschiebehafteinrichtungen mit ausreichender Kapazität,
• Schwerpunkt auf der Unterbringung von Straftätern, Gefährdern und Personen mit Flucht- oder Untertauchgefahr,
• eine klare und substanzielle Bundesförderung für den Bau und die Einrichtung solcher Anlagen.

Der Bund wird aufgefordert, ein spezielles Förderprogramm aufzulegen bzw. bestehen-de Programme so auszuweiten, dass die Länder den notwendigen Ausbau der Abschiebehafteinrichtungen finanziell wirksam unterstützt bekommen.

3. Konsequente Abschiebung von Straftätern und illegalen Migranten
Ausreisepflichtige Personen – insbesondere Straftäter, Gefährder und Personen ohne Bleiberecht – sind prioritär und zügig abzuschieben. Abschiebehaft und Ausreisegewahrsam sind konsequent anzuwenden. Die Zahl der vollzogenen Abschiebungen muss deutlich gesteigert werden; Abschiebungen sollen täglich möglich sein.

Begründung:

Der 5-Punkte-Plan von Friedrich Merz stellt den klaren und notwendigen Kurswechsel in der Migrationspolitik dar. Nur durch dauerhafte Grenzkontrollen, konsequente Zurückweisungen an den Grenzen und die sofortige Inhaftierung ausreisepflichtiger Personen kann die irreguläre

Migration wirksam begrenzt und der Rechtsstaat gestärkt werden. Die Junge Union Saar unterstützt diesen Plan vollständig und fordert seine konsequente Umsetzung auch auf Landesebene.

Die Zahlen im Saarland verdeutlichen den Handlungsbedarf:

Im Jahr 2025 wurden 292 Personen abgeschoben – der höchste Wert seit über zehn Jahren (2015: 276). Gleichzeitig befanden sich zum Jahresende 2025 noch rund 1.900 bis 2.100 Personen im Status der vollziehbaren Ausreisepflicht. Damit lag die Abschiebequote bei nur etwa 13–15 Prozent der Ausreisepflichtigen. In den Vorjahren lagen die Abschiebungszahlen deutlich niedriger (z. B. 2024: ca. 200). Trotz des Anstiegs bleibt die Diskrepanz zwischen ausreisepflichtigen Personen und tatsächlich vollzogenen Abschiebungen gravierend.

Ein zentrales Hemmnis ist der Mangel an eigenen Abschiebehafteinrichtungen. Das Saarland ist derzeit auf die Anmietung von Haftplätzen in anderen Bundesländern (u. a. Rheinland-Pfalz und Hessen) angewiesen. Dies ist teuer, logistisch aufwendig und begrenzt die Kapazitäten. Ohne ausreichende eigene Haftplätze bleibt die Durchsetzung der Ausreisepflicht – insbesondere bei Straftätern und Gefährdern – lückenhaft.

Die Schaffung moderner Abschiebehafteinrichtungen ist daher unerlässlich. Da Migration, Asyl und die Durchsetzung der Ausreisepflicht bundespolitische Aufgaben sind, muss der Bund den Bau und Ausbau solcher Einrichtungen durch eine gezielte und auskömmliche Bundesförderung unterstützen. Nur so können die Länder ihrer Verantwortung gerecht werden, ohne einseitig finanziell überlastet zu werden.

Nur durch die Kombination aus dem 5-Punkte-Plan, ausreichenden Abschiebehafteinrichtungen und einer konsequenten Abschiebungspraxis kann die Akzeptanz für legale Zuwanderung erhalten, die öffentliche Sicherheit gestärkt und der Rechtsstaat glaubwürdig durchgesetzt werden.

Empfehlung der Antragskommission

O Annahme O Ablehnung O Annahme i.g.F. O Verwiesen an_____

O Erledigt durch _____ O Nichtbefassung wegen Beschlusslage